

Regionaler Aufbruch
www.regionaler-aufbruch.de

Mythen der Ökonomie: Export schafft Arbeitsplätze

Reinhard Stransfeld

Beitrag zur Frühjahrstagung
des Regionalen Aufbruchs am 19./20.3.2011 in Berlin

Der Beitrag ist im Wesentlichen der Schrift "Jobkiller Außenhandel" (RS01.2-06) entlehnt.

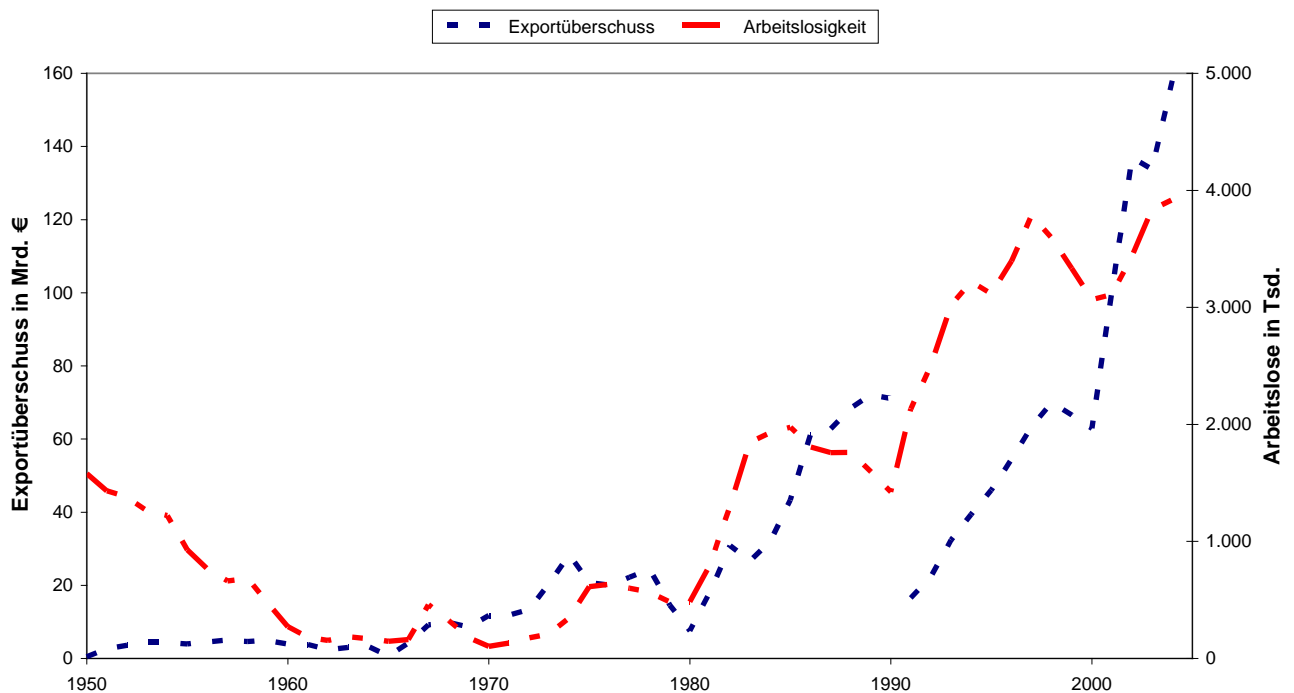
1. Selbsttäuschungspolitik

Auf den Bühnen der Politik und des öffentlichen Lebens erleben wir fortwährend beeindruckende Schauspiele der Entfaltung gegensätzlicher Positionen: Bürgerversicherung oder private Vorsorge, Staatsausgaben einschränken zur Entschuldigung oder Staatsausgaben hochfahren zur Ankurbelung des privaten Konsums, Unternehmenssteuern rauf oder runter...die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

In einem Punkt existiert allerdings nachgerade eine Einheitsfront – von den Rechten bis zu den Linken, von den Gelben bis zu den Grünen, vom BDI bis zu den Gewerkschaften. Und die Presse übt den solidarischen Schulterchluss: Wir können nichts Besseres tun als den Außenhandel zu beleben und den Export anzukurbeln. Denn, so jüngst eine politische Stimme, „wir sind ein in hohem Maße exportabhängiges Land und gleichzeitig arm an Rohstoffen und Energie“¹. Hohe Exportüberschüsse werden, ganz im Sinne dieser Lesart, als Beschäftigungselixier empathisch begrüßt. Daran zu rütteln, bedeutet hierzulande, heilige Kühe zu schlachten.

Ein Blick auf die langen Zeitreihen der amtlichen Statistik² vermittelt jedoch ein Bild, das irritiert: Seit den sechziger Jahren wachsen Handelsbilanzüberschüsse und Arbeitslosigkeit in verblüffender Ähnlichkeit der Kurven³.

**Exportüberschuss und Arbeitslosigkeit
1950 - 2004**



Es gibt zwar keine Proportionalität in der Entwicklung der beiden Reihen, die Parallelität des Auf und Ab – vor allem des Auf - ist jedoch frappierend. Ein Schelm, der da von Zufall spricht. Ökonomen und Politiker, mit diesen Zahlen konfrontiert, sind allerdings rasch mit einer Koinzidenzvermutung bei der Hand, ein Kausalzusammenhang könne daraus nicht

¹ Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Eckart von Klaeden, in einem Interview im Tagesspiegel am 26.7.2006.

² Jahrbücher des Stat. Bundesamtes.

³ Arno Gahrman, Bremen, verdanke ich wichtige Hinweise, hier wie auch zu anderen Textstellen, zur Bereinigung von argumentativen Ungenauigkeiten und zur Klärung und Schärfung eigener Positionen.

geschlossen werden. Vielleicht – vielleicht auch nicht. So weit wird dann aber nicht mehr gedacht. Die Klappe geht runter, und das beunruhigende, Gewissheit störende Bild wird ausgeblendet.

Gibt es Erklärungsansätze, die eine Kausalität begründen können? Ja, die gibt es! Seit mehr als 20 Jahren ist aus zahlreichen Studien bekannt, dass die innovativen, wettbewerbsfähigen Unternehmen kaum Arbeitsplätze aufbauen, sondern im Allgemeinen allenfalls ihren Bestand halten, trotz erheblichen Wachstums. Dahinter steht eine eherne Logik: Der Erfolg auf den Auslandsmärkten wird mit hohen Produktivitätssteigerungen in der Industrie erkaufte – jährlich 4 Prozent und mehr. Was steigt, ist der Maschineneinsatz, nicht aber die Beschäftigung von Menschen⁴. Exporterfolge sind daher bestenfalls arbeitsplatzneutral, zuweilen nicht einmal das.

Damit nicht genug: Länder, die viel exportieren, werden auch viel importieren. Beispielsweise sitzen die Zulieferer der deutschen Industrie zunehmend im Ausland. In dem Maße, wie deutsche Industrieunternehmen auf den Weltmärkten erfolgreich sind, greifen sie auf Vorprodukte ausländischer Zulieferer zurück. Der Export kann sich daher nicht losgelöst vom Import entwickeln. Im Übrigen geraten die Kunden bei einem exorbitanten deutschen Handelsüberschuss langfristig in eine Schuldenfalle und können nicht mehr nachfragen.

Große Warenmengen aus dem Ausland drücken also auf die inländischen Zuliefer- und Konsumentenmärkte⁵. Solange der Export den Import deutlich übersteigt, bleiben wir Globalisierungsgewinner, so die beruhigende Botschaft der Ökonomen. Handelsbilanzüberschüsse erfreuen sich daher regelmäßig frenetischen Beifalls der Wirtschaftsredaktionen und der Politiker.

2. Geld versus Beschäftigung

Möglicherweise ist das eine Milchmädchenrechnung. Zwar hat irgendwer mehr Geld in der Tasche. Insofern ist das einzelwirtschaftliche Interesse an diesen Entwicklungen und ihrer Rechtfertigung verständlich. Mehr noch – das Einzelunternehmen ist diesen Verhältnissen ausgesetzt und muss sich darin adäquat verhalten, um zu überleben. Doch wie steht es mit der gesamtwirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Sicht? Bringt das neue Arbeitsplätze? Die monetäre Sicht auf den Außenhandel sagt jedenfalls herzlich wenig über Arbeitsplätze aus. Sehen wir die Dinge daher einmal aus einer Perspektive, die bisher in den ökonomischen Betrachtungen und auch in der öffentlichen Statistik nicht wahrgenommen wird.

Für die Frage nach der Beschäftigungswirkung müssen Arbeitsleistungen und damit letztlich die Arbeitsplätze bilanziert werden, die hinter der Wertschöpfung stehen. Das hohe Exportvolumen stammt aus einer leistungsfähigen Fertigung mit extrem hoher Produktivität bei vergleichsweise wenigen Arbeitsplätzen. Importiert wird jedoch überwiegend aus Ländern mit geringerer Produktivität und somit höheren Arbeitsvolumen je Produktionseinheit sowie teilweise drastisch niedrigerem Lohnniveau. Daraus resultierte der Druck auf traditionelle Industrien, sog. "mittlere Technologien" – Textilien, Schuhe, Fahrräder, Uhren, Foto, Spielzeug - die inzwischen in Deutschland praktisch Geschichte geworden sind.

⁴ Dazu eine Meldung mit dem Titel „Auslandsgeschäft beschert deutscher Industrie Rekordumsatz“). Bei einer Umsatzsteigerung des Verarbeitenden Gewerbes um 4,6% im Jahr 2005 wuchs gleichzeitig der Export um 7%. Trotz steigender Umsätze sank die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 1,9 % auf 5,9 Millionen. Vor 5 Jahren hatte die Industrie noch knapp 6,4 Mill. Menschen beschäftigt (Tagesspiegel v. 17.2.2006, S. 17).

⁵ Der Import hat inzwischen eine Höhe von 117% im Verhältnis zur Wertschöpfung in Industrie und Landwirtschaft erreicht. 1970 lag dieser Anteil noch bei 43%.

Im Klartext heißt das, dass hinter 1 Mill. € Import deutlich mehr Beschäftigung steht als hinter 1 Mill. € Export. Wenn man nun den deutschen Export und Import nicht lediglich monetär, sondern auch beschäftigungsstatistisch gegenüberstellt, blicken wir auf völlig andere Verhältnisse. Konkret: Hinter 1 Mill. € Export stehen 4 Arbeitsplätze. Hinter 1 Mill. € Import sind es jedoch annähernd 6. Sechs Arbeitsplätze im Ausland, die einheimische Beschäftigung verdrängen.

Worauf beruht diese Betrachtung? Man nehme die exportstarken Industrien und stelle deren Umsatz der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Branchen gegenüber. Es handelt sich insbesondere um die Automobilindustrie, den Maschinenbau und die chemische Industrie. Diese drei Wirtschaftszweige hatten im Jahr 2005 einen Umsatz je Beschäftigten von annähernd 250.000 €. Der Umsatz je Arbeitsplatz im Ausland, dessen Leistungen importiert werden, kann jedoch über alles gesehen mit 170.000 € angesetzt werden (Berechnung siehe Anhang).

Daraus ergibt sich folgende Rechnung für das Jahr 2005:

Export	$\frac{731 \text{ Mrd. €}}{250 \text{ Tsd. €}}$	= 2,924 Mill. Arbeitsplätze
Import	$\frac{575 \text{ Mrd. €}}{170 \text{ Tsd. €}}$	= 3,383 Mill. Arbeitsplätze
Saldo	+ 156 Mrd. €	- 459 Tsd. Arbeitsplätze

In monetärer Betrachtung – und nur diese taucht in den amtlichen Statistiken und Medien auf – erzielte das Land einen enormen Überschuss, sind wir Exportweltmeister. Die Arbeitsplatzbilanz des Außenhandels weist jedoch einen negativen Saldo aus. Er kommt aufgrund der Verdrängung einheimischer Industrien durch die Lohnkonkurrenz aus Billiglohnländern zustande. Exporterfolge können diesen Effekt nicht vollständig kompensieren.

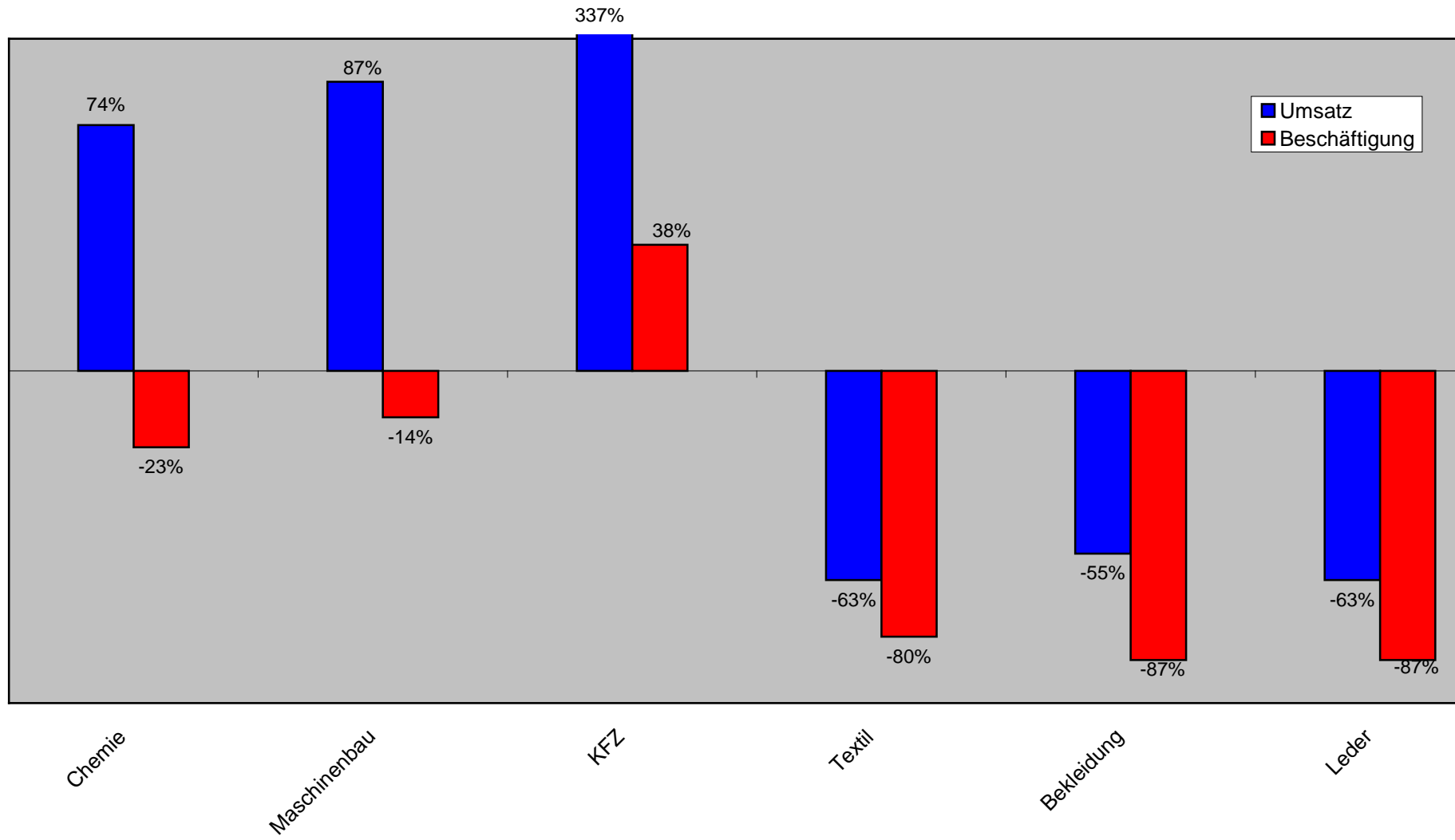
Wenn auch ein Näherungswert, abhängig von den Schätzwerten, wird darin der generelle Trend sichtbar, der die landläufigen Vorstellungen vom Beschäftigungssegen des Außenhandels vom Kopf auf die Füße stellt.

Dies sind keine theoretischen Erörterungen. Dem Blick auf die Entwicklung verschiedener industrieller Wirtschaftszweige offenbart sich der dramatische Strukturwandel, der durch den forcierten Außenhandel eingeleitet wurde.

Im Folgenden sind Umsatzentwicklung und Beschäftigungsentwicklung in den drei exportstärksten Branchen und in einigen importbedrängten Branchen, ausgehend vom Jahr 1970 und bezogen auf das Jahr 2005 dargestellt. Die Reihe der importbedrängten Branchen ist eigentlich länger, denken wir nur an die Unterhaltungselektronik und die Fahrradindustrie, die Uhren- und die Fotoindustrie. Aufgrund einer Umstrukturierung der amtlichen Statistik im Jahr 1995 ist jedoch ein durchgehender Vergleich in vielen Branchen nicht mehr möglich⁶.

⁶ Auch in den genannten Wirtschaftszweigen gab es Unternehmensumverteilungen. Jedoch setzten sich die Trends von 1970 bis 1994 und zwischen 1995 und 2005 gleichförmig fort. Eine Sicht über den gesamten Zeitraum ist daher in einer Gesamtdarstellung unkritisch.

Beschäftigungs- und preisbereinigter Umsatzzuwachs bzw. -rückgang ausgewählter Industriebranchen von 1970 bis 2005



Jobkiller Außenhandel

Die drei „Weltmeisterbranchen“ allein erzielten einen Exportüberschuss von 188.203 Mrd. € - rund 30 Mrd. € mehr als der Gesamtüberschuss des Jahres 2005. Trotz starken Wachstums und trotz der Exporterfolge weisen sie insgesamt einen

Beschäftigungsverlust von 1970 bis 2005 in Höhe von 64.000 Arbeitsplätzen

aus. Umso dramatischer sind die Verhältnisse in den drei Verliererbranchen Textil, Bekleidung und Leder. Allein diese drei Branchen haben von 1970 bis 2005

859 Tsd. Arbeitsplätze

eingebüßt – Beschäftigung, die gerade Menschen mit feinmotorischem Vermögen ein Einkommen sicherte und die heute in der kognitiv zentrierten Arbeitswelt keinen Platz mehr finden. Dies lag keineswegs daran, dass die Nachfrage entsprechend gesunken wäre. Vielmehr importieren wir annähernd doppelt soviel Produkte im Bekleidungs- und Ledergewerbe, wie wir herstellen. Die Nachfrage existiert, doch wird sie kaum noch aus eigener Produktion befriedigt⁷.

Folgerichtig ging damit ein enormer Umsatzrückgang und ein Firmensterben im Bereich der mittleren Techniken, eine Domäne des Mittelstandes, einher – ein signifikantes Zeichen für den zerstörerischen Importdruck, dem diese Branchen ausgesetzt sind⁸. Der Mittelstand zahlt die Zeche für die globalen Expansionsinteressen der großen Konzerne.

Insgesamt hat das Verarbeitende Gewerbe im Zeitraum von 1970 bis 2005 von ehemals 8,4 Mill. Arbeitsplätzen (in Westdeutschland) 2,3 Mill. (bezogen auf Gesamtdeutschland) eingebüßt. Und ob nun die Unternehmen exportstark oder importgefährdet sind: Gesamtwirtschaftlich erfolgt in jedem Fall ein Beschäftigungsverlust. Die immer wieder beschworene Kompensation durch den Dienstleistungssektor bleibt hingegen aus. Im Gegenteil: Dort greifen inzwischen die Rationalisierungseffekte nicht minder hart. Man spricht daher heute nicht mehr von einer 'Dienstleistungsgesellschaft', sondern feinsinnig von einer 'industriellen Dienstleistungsgesellschaft'. Von den Industrien sind allerdings nicht genug übrig geblieben, um den Dienstleistungen ausreichend Impulse zu geben. Dies ist ein zentraler Aspekt unserer Probleme.

3. Scheiternde Einwendungen

Mit solchen Zahlen konfrontiert, sagen Ökonomen: Deshalb müssen wir die Exportanstrengungen weiter erhöhen. Denn hätten wir im Jahr 2004 850 Mrd. € exportiert, wäre die Bilanz ausgeglichen und jeder weitere EURO würde Arbeitsplätze im eigenen Lande schaffen.

Es sei dahin gestellt, ob es überhaupt möglich ist, diese zusätzlichen Hochleistungsarbeitsplätze adäquat zu besetzen, gewiss nicht aus dem Arbeitslosenheer. Das wesentliche Gegenargument kommt jedoch aus einer anderen Quelle. Der unterstellte Ausgleich der Arbeitsplatzbilanz setzt ein Verhältnis von Export : Import von 1,48 : 1 voraus⁹. Vorher wurde jedoch bereits angedeutet, dass der Export dem Import nicht unendlich enteilen kann. Ein Blick in die Außenhandelsgeschichte zeigt, dass der Quotient sich in Wellen entwickelt hat.

⁷ In diesen drei Branchen liegt der Umsatz pro Kopf der Beschäftigten zwischen 114 und 167 Tsd.€, also teilweise deutlich unter dem angenommenen Importdurchschnittssatz von 170 Tsd. €. Der tatsächliche Verdrängungseffekt ist daher noch höher als oben bilanziert.

⁸ Allein von 1997 bis 2005 sank die Zahl der Arbeitsplätze in der Fahrradindustrie um 30%, Rundfunk-/Fernsehgeräte um 30%, Büromöbel um 32%, Sitzmöbel um 18%, Spielwaren um 28%; insgesamt ein Verlust von ca. 34.000 Arbeitsplätzen, dies von einem bereits in den vorangegangenen Dekaden dramatisch geschrumpften Niveau aus. Die Reihe lässt sich fortsetzen. (Spez. Auswertung des Stat. Bundesamtes, 10/2006).

⁹ Das heißt, dass auf 1 Mill. € Import ein Export in Höhe von 1,48 Mill. € geleistet werden müsste.

Die bisher höchsten „Amplituden“ gab es 1967 (1,26:1), 1974 (1,28:1) und von 1986 bis 1989 (zwischen 1,27:1 und 1,29:1). Seit 2002 bewegt er sich auf dem Niveau von 1,28:1.

50 Jahre Außenhandelsrealität belegen: Das Ungleichgewicht von Export und Import kann offenbar in einem so großen Land wie Deutschland ein bestimmtes Niveau nicht überschreiten – aus den vorgenannten Gründen. Ein Quotient von etwa 1,5 : 1 ist somit illusorisch. Bereits eine derart dem Weltstandard vorausseilende Produktivitätssteigerung, die das globale Lohngefälle kompensieren könnte, ist schlicht nicht vorstellbar. Sie wäre ohnehin nur zu erreichen, wenn die Zahl der Industriearbeitsplätze in Deutschland gegen Null tendiert – eine düstere Vorstellung, die das Ende der sozialen Existenz einer großen Mehrheit der Bevölkerung in Kauf nimmt.

Unterstellen wir, der Außenhandel, also Export : Import, würde sich mit einem Quotienten von 1,3 : 1 verdoppeln. 5,8 Mio. Exportarbeitsplätzen ständen dann 6,6 Mio. Arbeitsplätze im Ausland gegenüber, der Negativsaldo betrüge knapp 800 Tsd. Arbeitsplätze.

Wir haben also das Paradox, dass mit zunehmendem Außenhandelsvolumen selbst bei wachsendem Exportüberschuss aufgrund des Zangenschlusses von hohen Produktivitätssteigerungen bei geringem Wachstum und externer Lohnkonkurrenz mehr Arbeitsplätze verloren gehen als geschaffen werden. Wenn vor einiger Zeit die Öffentlichkeit mit der Meldung ausgeschreckt wurde, dass täglich 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, findet sich hier die ursächliche Erklärung.

Es könnte nun jemand kommen und sagen, dass wäre wegen der Produktivitätssteigerung bei geringem Wachstum ohnehin der Fall. Nein! Dann ließe sich zum Wohle aller beispielsweise die Arbeitszeit entsprechend verkürzen. In einer auf Export und damit auf extreme Wettbewerbsfähigkeit getrimmten Wirtschaft funktioniert das aber nicht, weil die Überschüsse nicht in entsprechender Höhe entstehen – oder, wohl genauer, nicht für eine Umverteilung verfügbar sind. Folgerichtig werden daher Beschäftigte „freigesetzt“ und für die im Beschäftigungssystem Verbliebenen die Arbeitszeiten ausgedehnt und der Leistungsdruck weiter erhöht.

Bleibt das Argument, dass wir als rohstoffarmes Land gezwungen seien, einen hohen Export zu erzielen, um die Öl-, Metall- und Mineralstoffrechnungen begleichen zu können.

Wirklich? Werfen wir einen Blick auf die "unverzichtbaren" Importe:

Importe 2007	In Mrd. €
Gesamt	769,9
Davon notwendige:	
Gemüse und Früchte	13,5
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze	4,7
Getränke und Tabak	5,8
Rohstoffe	29,1
Brennstoffe etc.	81,8
Med. + pharmaz. Erzeugnisse	30,3
Farbmittel, Gerbstoffe	3,4
Kunststoffe in Primärformen	13,3
Eisen und Stahl	29,7
NE-Metalle	27,2
Alle notwendigen	238,8
Anteil am Gesamtimport	31 %
Quelle: Stat. Jb. 2010, S. 475	

Dabei ist diese Betrachtung noch zugunsten des Mangelarguments geschönt, denn ob wir wirklich Äpfel aus Chile brauchen, sei dahingestellt. Das gilt auf für andere in diesen Positionen enthaltenen Importgütern.

[Japan dagegen, eines der rohstoffärmsten Länder der Welt, benötigt pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu Deutschland lediglich 41% der Importe, hat dafür aber, wiederum auf die Bevölkerung bezogen, mehr als doppelt so viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt und eine halbierte Arbeitslosigkeit von 4%.]

Selbst unter Berücksichtigung weiterer Gegenpositionen im Dienstleistungsbereich, etwa Auslandsreisen, erweisen sich letztlich annähernd zwei Drittel unserer Importe als ausschließlich durch ökonomische Interessen induziert. Und dafür werden die Menschen unter das Joch des Wettbewerbsarguments zum Lohnverzicht gezwungen, damit wir trotzdem noch Exportüberschüsse erzielen.

Würden nun die daraus resultierenden Überschüsse für Investitionen ins Bildungssystem, Verkürzung der Arbeitszeiten, Verbesserung der Bedingungen für Familien etc. eingesetzt, gemeint, ließe sich das zumindest politisch diskutieren. Jedoch fließen diese Mittel im Wesentlichen ins Ausland ab, um dort die Investitionsvorhaben und spekulativen Finanzanlagen der Globalisierungsgewinner zu ermöglichen. Aus deren Sicht sind die Überschüsse ein schützenswertes Gut. Tatsächlich

"sind nicht die Massen mit ihren Alltagsbedürfnissen am internationalen Verkehr interessiert, sondern eine dünne Schicht besitzender Klassen."

eine Feststellung, die Max Weber in der Analyse der Wirtschaft des alten Roms traf¹⁰. Erstaunlich, wie sich manche Muster über Jahrhunderte und Jahrtausende immer wieder neu herstellen und immer wieder als unumgänglich oder unumkehrbar dargestellt werden.

Der vorgebliche Exportzwang ist eine Schimäre, die durch die Presse geistert. Das erfüllt seinen Zweck in der Abwendung kritischer Fragen.

Das Problem ist jedoch nicht lediglich auf eine unmittelbar negative Entwicklung der Beschäftigung reduziert. Im Binnenklima ist nicht weniger gravierend das Drohpotenzial, das mit der möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen bzw. mit einem möglichen verstärkten Zukauf im Ausland auf die Beschäftigten wirkt. Vorauseilender Verzichtgehorsam oder das Nachgeben gegenüber einem Druck seitens der Unternehmen führen zur Intensivierung der Leistungsdichte und der Verausgabung sowie zum Rückgang der realen Einkommen. In Verbindung mit den sich verstärkenden Zukunftsängsten stagniert die Nachfrage auf den Binnenmärkten, erhöht dort den Konkurrenzdruck über den Preis und führt damit letztlich wiederum zur „Verschlankung“ der Belegschaften.

Die Politik erweist sich hingegen gegenüber derartigen Betrachtungen als lernresistent. Sie hat nicht Wichtigeres im Kopf als sich mit der Frage zu beschäftigen: „Was müssen wir machen, um Exportweltmeister zu bleiben?“¹¹ Denn, so dort der Finanzminister Peer Steinbrück, „wenn eine Wirtschaft wie unsere, wo die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu 40 Prozent von Exporten – Japan zu 14 Prozent, die USA zu 10 Prozent - abhängig ist“, müssten wir alles tun, um diese Exportleistung weiter aufrecht zu erhalten. Eine seltsame Logik, weisen doch Japan und die USA mit ihrer drastisch geringeren Exportabhängigkeit (die USA sogar mit negativer Handelsbilanz) eine gegenüber Deutschland statistisch deutlich geringe Arbeitslosigkeit auf. Es drängt sich auf, den Zusammenhang wahrzunehmen. Wir aber erleben auf den politischen Bühnen eine invertierte Version des Märchens von des Kaisers neuen Kleidern.

¹⁰ Max Weber: Der Untergang der antiken Kultur. In: Universalgeschichtliche Analysen. Kröner Verlag, Stuttgart 1973, S.5

¹¹ Titel einer hochkarätig besetzten SPD-Podiumsdiskussion am 9. Sept. 2006 in Berlin.

4. Die Verschlimmbesserungsfalle

Der Außenhandel im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der deutschen Wirtschaft macht inzwischen über 71 Prozent aus (in Japan sind es 31%, in den USA 23%). Die Importe übersteigen inzwischen deutlich die Wertschöpfung im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft zusammengenommen - zuviel des Guten.

Die Exportüberschüsse sind zum Cortison der Wirtschaftspolitik mutiert. Im Rücken der scheinbaren Linderung tritt das Übel verstärkt auf: der Verlust an Wertschöpfung und damit an Arbeitsplätzen im eigenen Land. Wir haben uns mit der überzogenen Globalisierung in eine Beschäftigungslage drängen lassen, die zur Bonanza¹² für einige wenige, jedoch zur Armutsfalle für viele geworden ist. Dies wäre einen Disput in den öffentlichen Arenen anstelle der zahllosen Scheingefechte wert!

¹² Goldhaltige Bodenschicht

Warenexport und –import im Jahr 2004

	in Mrd. €	Umsatz je Arbeitsplatz in Tsd. €	Arbeitsplätze in Tsd.
Export	731	250	2.924
Import aus			
Europa	415		
EUwest+ EFTA	324	225	1.440
EUost+Rest	91	120	758
Hochprod-Länder	65	250	260
Ölländer	25	500	50
Dritte Welt (s.FN14)	70	80	875
Summe Import	575	[170]	3.383
Saldo	156		- 459

Erläuterungen zum Verständnis:

Export und Import werden nach den zugrunde liegenden Arbeitsleistungen gewichtet, und zwar nach dem geschätzten Umsatz je Arbeitsplatz. 1 Mio. € Export erfordern in unserem Land ca. 4 Arbeitsplätze á 250 Tsd. € Umsatz, 1 Mio. € Import bei einem durchschnittlichen Umsatz je Arbeitsplatz von 170 Tsd. € 5,9 Arbeitsplätze.

Die Umsätze wurden nach bestimmten Kriterien geschätzt. In Deutschland liegt der Umsatz je Beschäftigten in den exportstarken Branchen Automobil und Chemie über 250 Tsd., im Maschinenbau darunter. Ein Durchschnittswert von 250 Tsd. ist daher eine vertretbare Annahme.

Die westeuropäischen Länder der EU sowie insbesondere Norwegen und Schweiz liegen laut einer OECD-Aussage aus den 90er Jahren in ihrer Produktivität bei 85 Prozent der deutschen. Hier wurde eine Gefälle von 10 Prozent zugrunde gelegt. EUost+Resteuropa wurden im Verhältnis zu Deutschland in ihrem Umsatz je Arbeitsplatz etwa halbiert¹³. Als Hochproduktivländer wurden USA, Kanada, Japan und Australien mit dem deutschen Niveau gleichgesetzt. Die Ölimporte wurden wegen des vergleichsweise geringen Arbeitseinsatzes mit einem zuweilen genannten Umsatzvolumen von 500 Tsd. je Arbeitsplatz angesetzt.

Die restlichen Importländer (dritte Welt) wurden mit ca. einem Drittel des deutschen Umsatzes je Arbeitsplatz bewertet¹⁴. Vom Lohnniveau her betrachtet wäre dieser Wert noch deutlich niedriger. Die Einfuhrpreise an der deutschen Grenze werden jedoch nicht allein vom Lohnniveau in den Herstellländern bestimmt, sondern bilden sich aus einer Melange von niedrigem Lohn, geringerer Produktivität, Transaktionskosten und Marktkalkül.

¹³ Ein deutsches Unternehmen hat heute Fertigungsstätten in der Ukraine und weiteren osteuropäischen Ländern. Der Lohnsumme der dort 30.000 Beschäftigten entspricht die Lohnsumme der 3.000 in Deutschland Beschäftigten.

¹⁴ Auszug aus einem Interview mit Heinz-Horst Deichmann, Europas größtem Schuhhändler:

„Sind das Deichmann-Schuhe? Ja. Das sind echte Rahmenschuhe mit einer doppelten Ledersohle.

Die sind in Indien gefertigt. Die werden bei uns 59 Euro kosten.

Was würde ein vergleichbarer Schuh bei der Konkurrenz kosten? In derselben Machart mit ähnlichem Leder einige Hundert Euro. Solche Preise würden unsere Kunden aber niemals akzeptieren.

Warum sind Sie so viel billiger? Wir kaufen die Schuhe in großen Mengen vor Ort und halten die Margen niedrig.

Was würden die Schuhe kosten, wenn sie in Deutschland gefertigt wären? Das Dreifache!

Die Kosten sind hier zu Lande einfach zu hoch. Früher hat man Schuhe wenigstens in Deutschland zusammengenäht, auch das ist vorbei. Heute gibt es nur noch eine Handvoll Betriebe, die in Deutschland produzieren. Aber seit dem vergangenen Jahr stecken die Anbieter von teureren deutschen Markenschuhen in Schwierigkeiten.“ (Tagesspiegel v. 27.1.2003).